

Kommunen brauchen 53 Mrd. EUR zum Abbau von Barrieren

- **Besonderer Investitionsbedarf bei Gebäuden, öffentlichem Personennahverkehr sowie Straßen und Wohnumfeld**
- **Umbau der Infrastruktur in vielen Bereichen mangelhaft, Hauptgrund: Fehlende finanzielle Mittel**
- **Neues KfW-Programm „Barrierearme Stadt“ bietet Kommunen sowie kommunalen und sozialen Unternehmen seit September 2012 zinsverbilligte Darlehen**

**Frankfurt, 07.01.2013
Nr. 002 D**

Für Rückfragen:

Pressestelle

Wolfram Schweickhardt
Telefon: +49 (0)69 7431 1778
wolfram.schweickhardt@kfw.de

KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt

Verantwortlich:
Dr. Michael Helbig
Abteilung Kommunikation
presse@kfw.de
www.kfw.de/newsroom
www.twitter.com/kfw
www.Bank-aus-Verantwortung.de

Der demographische Wandel ist für deutsche Kommunen, kommunale Unternehmen und soziale Organisationen eine der großen Herausforderungen der Zukunft: Bis 2030 müssen sie 53 Mrd. EUR für den Abbau von Barrieren in der Infrastruktur investieren. Dies geht aus der Studie „Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf der Städte und Gemeinden“ hervor, die das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der KfW erstellt hat und die erstmalig konkrete Investitionsbedarfe der Kommunen enthält. Besonders hoch ist der Bedarf in den Bereichen kommunale Wohngebäude (21,1 Mrd. EUR), öffentlicher Personennahverkehr (15 Mrd.) sowie Straßen und Wohnumfeld (13,3 Mrd.). Zudem werden Mittel vor allem in den Bereichen Sportstätten (1,65 Mrd.), Pflegeeinrichtungen (780 Mio.), Gesundheit (730 Mio.), Verwaltungsgebäude (610 Mio.) und Kultureinrichtungen (140 Mio.) benötigt.

„Kommunen und kommunale Unternehmen stehen vor der besonderen Herausforderung, neben der Energiewende und ihren sonstigen Aufgaben auch den Abbau von Barrieren in der Infrastruktur zu meistern. Nur mit ausreichender Unterstützung können insbesondere finanziell schwache Kommunen gewährleisten, dass die älter werdende Bevölkerung weitgehend uneingeschränkt am öffentlichen Leben und an den Angeboten der Kommune teilnehmen kann“, sagt Dr. Jörg Zeuner, Chefvolkswirt der KfW Bankengruppe.

Sämtliche Städte und Gemeinden, die an der Befragung teilgenommen haben, sehen Handlungsbedarf für das Zukunftsthema „demographischer Wandel“. Tatsächlich wird im Jahr 2030 bereits knapp ein Drittel der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein, rechtzeitige Investitionen sind daher unabdingbar. Vom demographischen Wandel sind im besonderen Maße ländliche Regionen betroffen. So wird in einer beachtlichen Zahl von Regionen der Anteil der Über-Sechzigjährigen zwischen 2005 und 2025 um mehr als 40 % ansteigen.

Presseerklärung

**Frankfurt, 07.01.2013
Nr. 002 D**

Für Rückfragen:

Pressestelle

Wolfram Schweickhardt
Telefon: +49 (0)69 7431 1778
wolfram.schweickhardt@kfw.de

KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt

Verantwortlich:
Dr. Michael Helbig
Abteilung Kommunikation
presse@kfw.de
www.kfw.de/newsroom
www.twitter.com/kfw
www.Bank-aus-Verantwortung.de

30 Besonders stark werden weiterhin ländliche Regionen Ostdeutschlands, Süd-
niedersachsen, das Ruhrgebiet und das Saarland sowie Umlandregionen von
Ballungsräumen altern. Nach Aussage von Kommunalvertretern ist bisher nur
ein geringer Teil der Bereiche Gebäude (20 %), Zugänge zum öffentlichen
Personennahverkehr (63 %) sowie Straßen und Wohnumfeld (50 %) barriere-
frei. Hauptgrund für dieses Defizit seien fehlende finanzielle Mittel.

35 Im Rahmen des Förderprogramms „Barrierearme Stadt“ bietet die KfW den
Kommunen sowie kommunalen und sozialen Unternehmen seit 01. Septem-
ber 2012 besonders zinsverbilligte Darlehen an, um Barrieren im öffentlichen
Raum zu reduzieren. In ihrer wohnwirtschaftlichen Förderung unterstützt die
40 KfW bereits seit 2009 mit dem Programm „Altersgerecht Umbauen“ Maß-
nahmen in Wohngebäuden und im Wohnumfeld für das komfortable barriere-
freie Wohnen mit zinsgünstigen Krediten.

45 **Hinweis:**

Für die Studie wurden Vertreter von 400 Städten und Gemeinden befragt. Der Rück-
lauf lag bei 32 % (129 Antworten). Neben einer standardisierten, schriftlichen Befra-
gung wurden Fokusgruppengespräche und leitfadengestützte Telefoninterviews
50 durchgeführt. In die Telefoninterviews wurden auch Vertreter von kommunalen
Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen einbezogen. Insgesamt wurden 31
Experten in die Gespräche und Interviews einbezogen. Ergänzend wurde eine um-
fangreiche Sekundäranalyse vorhandener Studien und Datenquellen durchgeführt.

55 Einzelheiten zur Studie „Altengerechter Umbau der Infrastruktur: Investitionsbedarf
der Städte und Gemeinden“ finden Interessierte auch im Internet unter www.kfw.de
im Bereich Research.